

Niederschrift Nr. 10/2010 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft, Maritime Fragen, Stadtmarketing und Tourismus der Stadt Wilhelmshaven am Montag, den 15.11.2010 um 14 Uhr im Ratssaal des Rathauses

Oberbürgermeister:

Oberbürgermeister Eberhard Menzel

Mitglieder SPD-Fraktion:

2. Bürgermeister Wilfrid Adam (*fehlte entschuldigt*)

Ausschussmitglied Ursula Aljets

Ausschussmitglied Holger Barkowsky (*bis einschl. TOP 5.9*)

Stellv. Ausschussmitglied Hans Gabriels

Ausschussmitglied Siegfried Neumann

Ausschussmitglied Norbert Schmidt

Mitglieder CDU-Fraktion:

Ausschussvorsitzende Ursula Glaser

1. Bürgermeister Fritz Langen

Stellv. Ausschussvorsitzender Bernhard Rech

Ausschussmitglied Prof. Günter Reuter

Ausschussmitglied Heinz Weerda

Mitglieder FDP-Fraktion:

Ausschussmitglied Susanne Bauermeister

Ausschussmitglied Dr. Michael von Teichman

Ratsmitglied Horst Radmer

Ratsmitglied Hartmuth Sager

Mitglieder Gruppe BASU/Ober-Bloibaum/Tholen/Westerman:

Ausschussmitglied Barbara Ober-Bloibaum

Ausschussmitglied Joachim Tjaden

Mitglied Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Ausschussmitglied Werner Biehl

Mitglied „Die Linke“:

Ratsmitglied Johann Janssen

Rat der Gemeinde Wangerland:

beratendes Mitglied Klaus Lammers (*fehlte entschuldigt*)

Dezernenten:

Erster Stadtrat Jens Stoffers
Stadtbaurat Klaus-Dieter Kottek
Stadtrat Dr. Jens Gaul

Von den städtischen Eigenbetrieben:

Betriebsleiter Tim Menke (WEB)
Stellvertretender Betriebsleiter Holger Kullik (WEB)

Von den städtischen Gesellschaften:

Wolfgang Ammen (WTF-S)

Von der Verwaltung:

Fachbereichsleiter Arnold Preuß (13)
Fachbereichsleiter Udo Weiß (14)
Fachbereichsleiter Jörg Valnion (20)
Jan Hülsemann (20)
Claudia Lühns (20)
Fachbereichsleiterin Marion Fiedelak (30)
Thomas Brandt (37)

Protokollführung:

Protokollführer Jörg Engesser (20)

A Öffentlicher Teil

Tagesordnung:

1	Eröffnung der Sitzung sowie Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit	
2	Feststellung der Tagesordnung	
3	Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft, Maritime Fragen, Stadtmarketing und Tourismus vom 25.10.2010	
4	<u>Vorlagen an den Verwaltungsausschuss:</u>	
4.1	Annahme einer Zuwendung § 83 Abs. 4 NGO - Spende Besuchsdienst Altenhilfe / Frau Schulze	197/2010
4.2	Annahme einer Zuwendung § 83 Abs. 4 NGO - Spende Besuchsdienst Altenhilfe / Herr Fromm	185/2010
4.3	Annahme von Zuwendungen für die Wilhelmshavener Schulen im Sinne des § 83 Abs. 4 NGO	267/2010
5	<u>Vorlagen an den Rat:</u>	
5.1	Entsendung eines Mitgliedes in den "Kontrollausschuss Jade"	268/2010
5.2	Jahresabschluss des RNK-Eigenbetriebes zum 31.12.2009	273/2010
5.3	Erster Nachtrag zum WiPlan 2010 der SDW	294/2010
5.4	<u>Nachbewilligungen zum Haushalt 2010:</u>	262/2010
5.4.1	Nachbewilligung Rettungsdienst	
5.4.2	Nachbewilligung Jugendamt	
5.5	Neufassung der Satzung über die Schülerbeförderung	269/2010
5.6	Neufassung der Friedhofsgebührensatzung	272/2010
5.7	Straßenreinigungs-Gebührensatzung	277/2010
5.8	Satzung der Stadt Wilhelmshaven über die Erhebung der Zweitwohnungssteuer	270/2010
5.9	Gründung des Eigenbetriebes "Technische Betriebe Wilhelmshaven"	278/2010
5.10	Wirtschaftsplan Technische Betriebe Wilhelmshaven	279/2010
5.11	Organisationsübersicht Technische Betriebe Wilhelmshaven	280/2010
5.12	Änderung der Dezernatsverteilung	281/2010
5.13	Änderung der Geschäftsordnung des Rates	282/2010
6	<u>Mitteilungen und Anfragen:</u>	
6.1	Ergebnisse der Steuerschätzung	
6.2	Überregionales Standortmanagement	

1 Eröffnung der Sitzung sowie Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

2 Feststellung der Tagesordnung

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, informierte darüber, dass die Tagesordnungspunkte 5.2 (*Beschlussvorlage 273/2010*) der öffentlichen Sitzung sowie 3.1 (*Beschlussvorlage 274/2010*) der nichtöffentlichen Sitzung von der Verwaltung zurückgezogen wurden. Die Nachfrage von **Herrn Prof. Reuter** nach der Ursache für die Zurücknahme der Beschlussvorlagen beantwortete **Fachbereichsleiter Valnion** dahin gehend, dass notwendige Anlagen zu den Vorlagen nicht fristgerecht bereitgestellt wurden. Die weiteren Beratungen der beiden Vorlagen seien daher auf die Sitzungen im Dezember 2010 vertagt worden.

Im Übrigen wurde die Tagesordnung wie vorgetragen festgestellt.

3 Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft, Maritime Fragen, Stadtmarketing und Tourismus vom 25.10.2010

Herr Dr. von Teichman wies auf die Zusage der Verwaltung hin, dass Thema „Märkte“ auf die Tagesordnung einer der folgenden Sitzungen des FWM zu setzen. Herr Rech wies auf seine Teilnahme an o.g. Sitzung hin.

Entsprechende Korrekturen wurden mittlerweile im Ratsinformationssystem eingepflegt. Im Übrigen wurde die Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft, Maritime Fragen, Stadtmarketing und Tourismus vom 25.10.2010 einstimmig genehmigt.

4 Vorlagen an den Verwaltungsausschuss

4.1 Annahme einer Zuwendung § 83 Abs. 4 NGO - Spende Besuchsdienst 197/2010 Altenhilfe / Frau Schulze

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, trug Beschlussvorlage und Begründung vor und bat um Wortmeldungen.

Die Frage von **Herrn Dr. von Teichman** hinsichtlich der immer gleichen Begründung bei Beschlussvorlagen zur Annahme von Zuwendungen, beantwortete **Herr Oberbürgermeister Menzel** mit dem Hinweis zur Sicherstellung der Rechtssicherheit in diesen Fällen.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der VA beschließt die Annahme der Spende von Frau Lieselotte Schulze, Harlinger Weg 12, Wilhelmshaven, in Höhe von 120,00 € für den Bereich des Besuchsdienstes der Stadt Wilhelmshaven.

4.2 Annahme einer Zuwendung § 83 Abs. 4 NGO - Spende Besuchsdienst 185/2010 Altenhilfe / Herr Fromm

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, trug Beschlussvorlage und Begründung vor und bat um Wortmeldungen.

-keine Wortbeiträge-

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der VA beschließt die Annahme der Spende von Herrn Vizeadmiral a.D. Günter Fromm in Höhe von 250,00 € für den Bereich des Besuchsdienstes der Stadt Wilhelmshaven.

4.3 Annahme von Zuwendungen für die Wilhelmshavener Schulen im 267/2010
Sinne des § 83 Abs. 4 NGO

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, trug Beschlussvorlage und Begründung vor und bat um Wortmeldungen.

-keine Wortbeiträge-

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der VA beschließt die Annahme der in der Anlage (zur Beschlussvorlage) aufgeführten Geld- und Sachspenden mit einem Wert von jeweils über 100,- € und bis zu 2.000,- € für die Wilhelmshavener Schulen.

5 Vorlagen an den Rat:

5.1 Entsendung eines Mitgliedes in den "Kontrollausschuss Jade" **268/2010**

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, trug Beschlussvorlage und Begründung vor und bat um Wortmeldungen.

Herr Dr. von Teichman wies auf den Umstand hin, dass die FDP, entgegen der in der Begründung zur Beschlussvorlage genannten Aufzählung, ebenfalls als Mitglied in diesem Gremium vertreten sei.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Herr Erster Stadtrat Jens Stoffers wird in den Kontrollausschuss der Wohnungsbaugesellschaft Jade entsandt.

5.2 Jahresabschluss des RNK-Eigenbetriebes zum 31.12.2009 **273/2010**

-zurückgezogen-

Beschluss: -zurückgezogen-

5.3 Erster Nachtrag zum WiPlan 2010 der SDW **294/2010**

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, trug Beschlussvorlage und Begründung vor und bat um Wortmeldungen.

-keine Wortbeiträge-

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt die Änderung des § 3 der SDW-Haushaltsübersicht für das Wirtschaftsjahr 2010 dergestalt, dass Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 80.000 € in Anspruch genommen werden können.

262/2010

5.4 Nachbewilligungen zum Haushalt 2010

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, trug Beschlussvorlage und Begründung vor und bat um Wortmeldungen.

Frau Bauermeister bat um getrennte Abstimmung der beiden vorgelegten Nachbewilligungen. *Die Mitglieder des Ausschusses erklärten sich mit dieser Vorgehensweise ausdrücklich einverstanden.*

Beschluss: -getrennte Abstimmung-

5.4.1 Nachbewilligung Rettungsdienst:

Frau Bauermeister richtete an die Verwaltung verschiedene Fragen zur bisherigen Durchführung des Rettungsdienstes bei der Stadt Wilhelmshaven. **Herr Dr. Graul** antwortete, bei der Durchführung des Rettungsdienstes handele es sich um eine gesetzliche Aufgabe der Kommunen. Die Stadt Wilhelmshaven habe sich bisher dagegen entschieden, eigene Ärzte für den Rettungsdienst bei der Feuerwehr zu beschäftigen. Stattdessen bediene man sich der Möglichkeiten des städtischen Krankenhauses als Dienstleister für diese Aufgabe, da sich dies als insgesamt wirtschaftlich und auch fachlich vorteilhafter darstelle. In der Vergangenheit wurden hierfür pauschale Zahlungen vereinbart, welche von den Krankenkassen als Kostenträger erstattet wurden. Aufgrund von veränderten Bedingungen bei den Arbeitszeitregelungen bei der Feuerwehr könne diese Pauschalregelung nun jedoch nicht länger angewandt werden. Derzeit seien ca. 5,5 Stellen im RNK für die Aufgabe „Rettungsdienst“ vorgehalten. Insgesamt beteiligten sich dabei jedoch anteilig ca. 15 bis 18 Ärzte des RNK am Rettungsdienst. Die dem RNK hierfür entstehenden Kosten müssten nun auch von der Kernverwaltung als „Auftraggeber“ erstattet werden. Da in der Frage der Kostenerstattung durch die Krankenkasse bisher keine Einigung erzielt werden konnte, sei nun die sog. „Einigungsstelle“ anzurufen. **Frau Aljets** ergänzte, die Feuerwehr erziele schließlich auch entsprechende Gebührenerträge und leite diese an die Krankenkassen weiter. Das RNK habe seine Leistung für die Stadt erbracht und diese müsse die Kosten zunächst nun auch erstatten. Die Problemlage bestehe lediglich nachgelagert zwischen der Stadt und den Krankenkassen hinsichtlich der Höhe der Erstattung.

Herr Dr. von Teichman bezweifelte, dass im RNK insgesamt eine Zahl von 5,5 Stellen ausschließlich für die Aufgabe des Rettungsdienstes bereitgehalten würde. Die Ärzte verrichteten seiner Auffassung nach in der gesamten Zeit ihre Arbeit innerhalb des Krankenhauses und stünden dem Rettungsdienst als Notärzte lediglich „auf Abruf“ zur Verfügung. Hierin sehe er auch den Grund für die ablehnende Haltung der Krankenkassen hinsichtlich der Kostenerstattung in der geforderten Höhe. **Frau Bauermeister** ergänzte, die Beschlussvorlage enthalte außerdem keinerlei Angaben über die genaue Zusammensetzung der Beträge. Die FDP-Fraktion könne somit der Nachbewilligung nicht zustimmen. **Herr Prof. Reuter** schloss sich dieser Auffassung für seine Fraktion an.

Herr Biehl stellte abschließend die Frage nach den Ursachen der Verweigerungshaltung der Krankenkassen zur Kostenerstattung aus Sicht der Verwaltung. **Herr Dr. Graul** antwortete, die Krankenkassen arbeiteten noch mit veralteten Zahlen aus Gutachten von aus der Zeit vor den neuen Arbeitszeitregelungen bei der Feuerwehr. Aktuelle Studien lägen zu dieser

Thematik einfach noch nicht vor. Außerdem gebe es aus seiner Sicht auch heute leider noch zu viele Kommunen, die bereit sind, den Rettungsdienst aus ihrem Gesamthaushalt zu quersubventionieren.

Beschluss: -mehrheitlich abgelehnt-

Der Rat beschließt gem. § 40 Abs. 1 Nr. 8 NGO die vorgelegten Nachbewilligungen nach § 89 NGO zum Haushalt 2010.

5.4.2 Nachbewilligung Jugendamt:

Erster Stadtrat Stoffers führte zur vorgelegten Nachbewilligung in Höhe von 2,15 Mio. € für die sog. „Hilfen zur Erziehung“ aus. Es handele sich zwar um eine erhebliche Belastung für den Haushalt 2010, inhaltlich reiche ein Großteil der Summe jedoch auf ausstehende Zahlungen für Maßnahmen aus 2008 und 2009 zurück. Hinzu kämen allgemeine Kostensteigerungen sowie ein rasanter Anstieg bei den Fallzahlen. So sei allein in den Jahren 2008 bis 2010 die Gesamtfallzahl in diesem Hilfesegment von 574 auf nunmehr 725 gestiegen. Beachtenswert sei in diesem Zusammenhang die Tatsache, dass es bei den stationären Maßnahmen kaum Steigerungsraten gäbe. Es sei aber eine Verschiebung innerhalb der stationären Maßnahmen von Vollzeitpflege (*Unterbringung in Pflegefamilien*) zu Heimerziehung (*Unterbringung in einem Kinderheim*) zu verzeichnen, weil nicht ausreichend Pflegefamilien zur Verfügung stünden.

Herr Tjaden vertrat die Auffassung, dass angesichts der vorherigen Kürzung des Budgets im Jugendamt, diese Nachbewilligung weder überraschend noch plötzlich erscheine. **Herr Barkowsky** wies darauf hin, dass ein Teil der hohen Kosten im Jugendhilfereich auch durch die Bundes- und Landesgesetzgebung verursacht seien.

Herr Neumann erinnerte angesichts der von Herrn Stoffers genannten Zahlen an die von seiner Fraktion im Zusammenhang mit den Haushaltsberatungen gestellte Forderung nach weiteren Schulsozialarbeitern und bedauerte die Ablehnung dieser Forderung im Rat der Stadt. Seiner Auffassung nach sollten alle Schulen mit Sozialarbeitern ausgestattet werden und zusätzlich noch schwerpunktmäßig einige Kindergärten mit besonderem Bedarf. Konkrete Vorschläge hierzu werde seine Fraktion erneut zur Beratung in den Jugendhilfeausschuss einbringen. **Frau Aljets** ergänzte hierzu, Prävention stelle sich im Ergebnis immer kostengünstiger dar als die Unterlassung einer solchen.

Oberbürgermeister Menzel stellte fest, er stelle bildhaft gesprochen eine zunehmende Tendenz fest, „jedem problembehafteten Kind und Jugendlichen einen Sozialarbeiter zur Seite zu stellen“. Es könne jedoch nicht sein, dass die Kommunen nur noch als „Zahlstelle“ aufgrund einer zunehmenden Verantwortungslosigkeit in den Elternhäusern fungierten. **Herr Biehl** stimmte Herrn Menzel in dieser Sache zwar grds. zu, vertrat jedoch die Auffassung, eine Grundsatzdiskussion zum „Versagen der Eltern“ mache an dieser Stelle keinen Sinn. Es müsse stets zum Wohl der Kinder auf die jeweilige Ist-Situation reagiert werden. **Herr Prof. Reuter** entgegnete, eine Grundsatzdebatte zur „Zukunft der Jugendarbeit“ müsse sehr wohl geführt werden, allerdings im Jugendhilfeausschuss. Die Lösung könne jedenfalls nicht sein, die Stadt stelle einfach immer mehr Personal im Jugendsozialbereich ein.

Herr Stoffers sprach sich dafür aus, die Debatte zur Fortführung der Jugendarbeit in Wilhelmshaven zum Thema der Haushaltsberatungen in 2012 zum Haushalt 2013 zu machen.

Abschließend resümierte **Herr Menzel**, die Stadt könne das Kernproblem im Kinder- und Jugendbereich nicht „Rundum sorglos“ auffangen. Es sei seitens der Stadtverwaltung in den vergangenen Jahren bereits im erheblichen Umfang investiert worden, sowohl im Schul- als auch im Jugendbereich.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat beschließt gem. § 40 Abs. 1 Nr. 8 NGO die vorgelegten Nachbewilligungen nach § 89 NGO zum Haushalt 2010.

5.5 Neufassung der Satzung über die Schülerbeförderung

269/2010

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, trug Beschlussvorlage und Begründung vor und bat um Wortmeldungen.

Auf die Frage von **Herrn Neumann**, wie ein Schulweg von 90 Min. zu Fuß als „zumutbare Bedingung“ bezeichnet werden könne, entgegnete **Herr Dr. Graul**, es handele sich hierbei um eine gesetzliche Festlegung, nicht um eine Festlegung der Stadt Wilhelmshaven. Im Übrigen handele es sich bei den vorgelegten Anpassungen zur Satzung über die Schülerbeförderung gänzlich um rein redaktionelle Änderungen, nicht um inhaltliche.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven stimmt der Neufassung der Satzung über die Schülerbeförderung im Gebiet der Stadt Wilhelmshaven zu.

5.6 Neufassung der Friedhofsgebührensatzung

272/2010

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, trug Beschlussvorlage und Begründung vor und bat um Wortmeldungen.

-keine Wortbeiträge-

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat beschließt die Neufassung der Friedhofsgebührensatzung entsprechend dem Vorschlag der Verwaltung.

5.7 Straßenreinigungs-Gebührensatzung

277/2010

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, trug Beschlussvorlage und Begründung vor und bat um Wortmeldungen.

-keine Wortbeiträge-

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat beschließt die „Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Reinigung der Straßen im Gebiet der Stadt Wilhelmshaven (Straßenreinigungs-Gebührensatzung) im Gebiet der Stadt Wilhelmshaven vom 22.11.1990 in der Fassung vom 28.11.2007“ entgegen der vorliegenden Gebührenkalkulation nicht zu ändern. Eine auftretende Unterdeckung trägt der Eigenbetrieb „Straße und Grün“.

5.8 Satzung der Stadt Wilhelmshaven über die Erhebung der 270/2010 Zweitwohnungssteuer

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, trug Beschlussvorlage und Begründung vor und bat um Wortmeldungen.

Die Frage von **Herrn Neumann**, ob alle Personen, welche auch mit ihrem Erstwohnsitz in Wilhelmshaven gemeldet seien, von der Zweitwohnungssteuer befreit seien, wurde von **Fachbereichsleiter Valnion** bejaht. Auf die weitere Nachfrage zu § 2 III der Satzung entgegnete **Herr Valnion**, die Regelung orientiere sich an der Satzung der Landeshauptstadt Hannover und regle inhaltlich die Frage „wann entspricht eine Wohnung einer Wohnung im Sinne der Zweitwohnungssteuer“.

Auf die Frage von **Herrn Langen**, ob Angehörige der Marine grds. von der Steuerpflicht ausgenommen seien, erläuterte **Herr Valnion** die verschiedenen Steuerbefreiungstatbestände. Angehörige der Marine würden demnach nicht besteuert, sofern sie vor Ort lediglich in einer Kaserne untergebracht seien. Ferner seien aufgrund höchstrichterlicher Entscheidungen alle Ehegatten von der Zweitwohnungssteuer zu befreien, die lediglich ihren Zweitwohnsitz in Wilhelmshaven haben, um in der Stadt einer beruflichen Tätigkeit nachzugehen.

Herr Prof. Reuter stellte die Frage, inwiefern Studenten von der Zweitwohnungssteuer befreit werden sollten. **Herr Valnion** antwortete, es sei beabsichtigt, diejenigen Studenten zu befreien, deren Elternhaus noch als Zweitwohnsitz in Wilhelmshaven diene, sofern die Eltern mit Erstwohnsitz in Wilhelmshaven gemeldet seien. Studenten hingegen, welche in Wilhelmshaven studieren, die mit Zweitwohnsitz in Wilhelmshaven gemeldet seien und deren Eltern nicht mit Erstwohnsitz in Wilhelmshaven gemeldet seien, sollen jedoch sehr wohl zur Zweitwohnungssteuer herangezogen werden.

Herr Dr. von Teichman stellte generell den Nutzen einer Zweitwohnungssteuer in Frage. Er vermutete, der entstehende Verwaltungsaufwand übersteige bei Weitem die zu erzielenden Steuererträge. **Herr Valnion** stellte klar, die Erhebung einer Zweitwohnungssteuer könne durch die Verwaltung ohne eine Personalaufstockung umgesetzt werden. Die Steuer sei außerdem bereits „gerichtserprobt“ und bereits in vielen anderen Kommunen eingeführt, z.B. in Cuxhaven, Goslar, Hannover, Hildesheim, Lüneburg, Norden, Wittmund u.v.a.m. Einen Zwischenbericht über „Aufwand“ und „Ertrag“ im Zusammenhang mit der Erhebung der Zweitwohnungssteuer werde durch die Verwaltung zu gegebener Zeit im Rahmen der Budgetberichterstattung erfolgen.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt mit Wirkung vom 01.01.2011 die Satzung der Stadt Wilhelmshaven über die Erhebung der Zweitwohnungssteuer.

5.9 Gründung des Eigenbetriebes "Technische Betriebe Wilhelmshaven" 278/2010

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, trug Beschlussvorlage und Begründung vor und bat um Wortmeldungen.

Erster Stadtrat Stoffers verdeutlichte, im Zusammenhang mit der Zusammenlegung der beiden Eigenbetriebe WEB und SGW habe der Rat in seiner nächsten Sitzung über fünf einzelne Beschlussvorlagen zu entscheiden: Gründungsbeschluss, Wirtschaftsplan 2010, Organisationsübersicht, Dezernatsverteilung, Änderung der Geschäftsordnung des Rates. Für den dann neu zum 01.01.2011 entstehenden Eigenbetrieb sei der Name „Technische Betriebe Wilhelmshaven“ (TBW) vorgesehen.

Herr Neumann kündigte für seine Fraktion an, sich bei der Abstimmung zu allen fünf Beschlussvorlagen vorerst zu enthalten, um zunächst abschließend fraktionsintern in dieser Sache zu beraten.

Herr Stoffers informierte ferner darüber, dass alle fünf Beschlussvorlagen bereits in den Betriebsausschüssen der WEB sowie der SGW vorberaten wurden. Hierbei wurde lediglich die Beschlussvorlage zur Organisationsübersicht im Betriebsausschuss SGW nicht mitgetragen. Weiterer Änderungsbedarf wurde lediglich hinsichtlich der Betriebssatzung in § 4 Abs. 2 diskutiert. Hier sei die Regelung vorgesehen, „der Betriebsausschuss besteht aus 6 vom Rat gewählten Mitgliedern und 3 stimmberechtigten Vertretern/Vertreterinnen der Beschäftigten“. Bei den 3 stimmberechtigten Vertretern/Vertreterinnen der Beschäftigten könne es sich dabei auch um Personen handeln, die nicht Mitarbeiter der Stadt Wilhelmshaven sind. Diese Regelung entspreche der derzeitigen Regelung in der Betriebssatzung der WEB. In den Betriebsausschüssen WEB und SGW herrschten in dieser Sache unterschiedliche Meinungen vor.

Herr Gabriels bekräftigte, man habe im Betriebsausschuss der WEB bisher gute Erfahrungen mit dieser Regelung gemacht. Sie erlaube es beispielsweise, Funktionäre der Gewerkschaften als stimmberechtigte Vertreter der im Eigenbetrieb Beschäftigten in den Betriebsausschuss zu berufen.

Herr Dr. von Teichman kündigte an, hierzu im Rat einen Änderungsantrag zu stellen. Nicht bei der Stadt Wilhelmshaven beschäftigte Personen sollten seiner Auffassung nach nicht als stimmberechtigte Vertreter der Beschäftigten in den Betriebsausschuss der TBW berufen werden können.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt die Gründung des Eigenbetriebs „Technische Betriebe Wilhelmshaven“ (TBW) durch Zusammenfassung der bisherigen Eigenbetriebe „Straße und Grün in Wilhelmshaven“ (SGW) und „Wilhelmshavener Entsorgungsbetriebe“ (WEB).

Die als Anlage (*zur Beschlussvorlage*) beigefügte Eigenbetriebsatzung wird in der vorliegenden Form beschlossen.

5.10 Wirtschaftsplan Technische Betriebe Wilhelmshaven

279/2010

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, trug Beschlussvorlage und Begründung vor und bat um Wortmeldungen.

Herr Dr. von Teichman wies darauf hin, der dem Wirtschaftsplan beigefügte Stellenplan weise für das Jahr 2010 drei Betriebsleiter und für das Jahr 2011 nur noch zwei Betriebsleiter aus. **Erster Stadtrat Stoffers** stellte fest, der Entwurf der Betriebssatzung erlaube „bis zu drei“ Betriebsleiter. Die entgeltliche Entscheidung über diesen Punkt treffe der Verwaltungsausschuss. Eine Vorfestlegung von drei bzw. zwei Betriebsleitern entstehe durch den Stellenplan nicht.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat der Stadt beschließt den Wirtschaftsplan 2011 der Technischen Betriebe Wilhelmshaven.

5.11 Organisationsübersicht Technische Betriebe Wilhelmshaven

280/2010

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, trug Beschlussvorlage und Begründung vor und bat um Wortmeldungen.

Herr Schmidt meinte, die der Beschlussvorlage beigefügte Organisationsübersicht entspreche nicht der textlichen Begründung. **Erster Stadtrat Stoffers** entgegnete, die textliche Begründung beschreibe lediglich die drei Hauptaufgaben des Betriebes. Diese müssten sich nicht zwangsläufig in der Organisationsplanung widerspiegeln. Im Übrigen könne es sich bei der dargestellten Organisationsübersicht lediglich um eine „Startaufstellung“ für den neuen Betrieb handeln. Notwendige Optimierungen könnten und sollten dann während des laufenden Betriebes erfolgen.

Herr Tjaden vertrat die Auffassung, die Abteilung „Verkehrseinrichtungen“ gehöre eher zum Betriebszweig „Technik“ als zum Betriebszweig „Verwaltung“. **Herr Biehl** erinnerte an den Umstand, dass es nun zunächst um den Zusammenschluss der beiden Eigenbetriebe an sich gehe. Nachbesserungen in den Zuordnungen der Abteilungen zu den Betriebszweigen könnten auch noch später erfolgen.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Für die Gründung des Eigenbetriebes TBW wird die Organisation gemäß Vorlage beschlossen.

5.12 Änderung der Dezernatsverteilung

281/2010

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, trug Beschlussvorlage und Begründung vor und bat um Wortmeldungen.

-keine Wortbeiträge-

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt, den neu zu gründenden Eigenbetrieb „Technische Betriebe Wilhelmshaven“ (TBW) im Dezernat IV anzusiedeln.

5.13 Änderung der Geschäftsordnung des Rates

282/2010

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, trug Beschlussvorlage und Begründung vor und bat um Wortmeldungen.

Herr Dr. von Teichman schlug vor, das Datum des Inkrafttretens gem. Art. 2 der Geschäftsordnung des Rates auf den 01.01.2011 zu ändern, analog zur Betriebssatzung TBW.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt die beigefügte Änderung der Geschäftsordnung des Rates vom 01.11.2006.

6 Mitteilungen und Anfragen

6.1 Ergebnisse der Steuerschätzung:

Fachbereichsleiter Valnion berichtete zu den Ergebnissen des Arbeitskreises zur Steuerschätzung im November (siehe Anlage). Er stellte in diesem Zusammenhang fest, dass die Steuererträge der Stadt Wilhelmshaven in etwa parallel zu den Steuererträgen für Gesamtdeutschland verliefen, lediglich jeweils um ein Jahr verzögert.

6.2 Überregionales Standortmanagement:

Herr Dr. von Teichman erinnerte an die Zusage der Verwaltung, regelmäßig im Rat über das überregionale Standortmanagement zu berichten. Er vermisse in diesem Zusammenhang insbesondere Informationen zum Wirtschaftsplan der JadeBay GmbH sowie einen regelmäßigen Geschäftsbericht. **Oberbürgermeister Menzel** sagte daraufhin eine umfassende Unterrichtung zu diesen Themen auf der Sitzung des Rates im Dezember 2010 zu.

Es folgte der nichtöffentliche Teil der Sitzung.

Ende der Sitzung 16:10 Uhr

Stoffers
Erster Stadtrat

Glaser
Vorsitzende

Engesser
Protokollführer